



## Der Apparat

Gespräch mit Thomas Wüppesahl. Über Geldwäsche in Deutschland, Polizeirepression beim G-20-Gipfel und seinen Ruf als Nestbeschmutzer. Außerdem: Schwarzer Kanal zu Warlords und Wahlen. Reportage über finnougische Sprachen und Kulturen in Russland

ACHT SEITEN EXTRA

GEGRÜNDET 1947 · SA./SO., 23./24. SEPTEMBER 2017 · NR. 222 · 2,00 EURO (DE), 2,20 EURO (AT), 2,60 CHF (CH) · PVST A11002 · ENTGELT BEZAHLT [WWW.JUNGEWELT.DE](http://WWW.JUNGEWELT.DE)

### Die Bremse

Hohe Mieten und der grassierende Wohnungsmangel wurden doch noch zum Wahlkampfthema

3

### Das Hauptquartier

Im Neckar-Odenwald-Kreis entsteht ein Gefechtsstand zur Koordination von NATO-Einsätzen

4

### Der Tyrann

Mörderischer Antidrogenkrieg: Oppositionsbündnis protestiert gegen philippinischen Präsidenten

6

### Der Fälscher

Wie Feuilletonist Joachim Fest die »Erinnerungen« Speers mitgeschrieben hat. Von Otto Köhler

12

# Wut kocht über

Tausende Stahlarbeiter demonstrieren in Bochum gegen drohenden Arbeitsplatzverlust durch Fusion von Thyssen-Krupp und Tata Steel. **Von Markus Bernhardt**

Die Stahlarbeiter im Ruhrgebiet sind sauer. Mehr als 7.000 von ihnen sind am Freitag in Bochum aus Angst um ihre Arbeitsplätze auf die Straße gegangen. Damit wollten sie gegen die geplante Fusion der Stahlsparte von Thyssen-Krupp mit dem in London ansässigen Konkurrenten Tata Steel protestieren. Über 4.000 Arbeitsplätze sind aufgrund der Fusionspläne in Gefahr. Betroffen davon wären beide Unternehmen zu gleichen Teilen. Die Zukunftsängste der Stahlarbeiter sind groß. Das Ruhrgebiet ist bereits in weiten Teilen deindustrialisiert, mittlerweile gilt es als eine der Hauptarmutsregionen in der Bundesrepublik. Die Demonstranten forderten auf Transparenten: »Kein ThyTata« oder »Kein Dieb-Stahl«.

Günter Back, Betriebsratschef von Thyssen-Krupp, rief seinen Kollegen auf der Kundgebung zu: »Nichts ist gut an dem Deal. Und deshalb müssen wir ihn ablehnen.« Die IG Metall, die zu den Protesten aufgerufen hatte, hatte auch Bundesarbeitsministerin Andrea Nahles (SPD) und den nordrhein-westfälischen Arbeitsminister Karl-Josef Laumann (CDU) eingeladen, dort zu sprechen. Die Rede Laumanns wurde jedoch von vielen Anwesenden mit Buhrufen und Pfiffen begleitet, da sich die Landesregierung unter Ministerpräsident Armin Laschet (CDU) nicht gegen die Fusionspläne gestellt hatte. »Wir haben mit der möglichen Fusion mit Tata die Chance, mit einem starken Partner in Europa zusammenzugehen zu können«, hatte Wirtschaftsminister Andreas Pinkwart (FDP) noch am Mittwoch im Düsseldorfer Landtag betont. Laumann hingegen warte



Das Feuer brennt: Gewerkschafter der IG Metall protestierten am Freitag mit Bengalos in Bochum

am Freitag die Flucht nach vorn und bezeichnete es als »Sauerei«, wenn die »Kapitalseite« die Gewerkschaft nicht ehrlich und transparent informiere. Detlef Wetzel, ehemals Erster Vorsitzender der IG Metall und heute stellvertretender Aufsichtsratschef von Thyssen-Krupp Steel, forderte: »Wir wollen Garantien für alle Beschäftigten und Standorte.«

Unterstützung erhielten die Stahlarbeiter auch vom Deutschen Gewerkschaftsbund (DGB). »Der Fusionsbeschluss zeigt, dass der Vorstand nicht beabsichtigt, Alternativen zu prüfen und Rücksicht auf die Interessen der Arbeitnehmer zu nehmen. Das ist kein

gutes Zeichen«, kritisierte DGB-Chef Reiner Hoffmann in einer am Freitag veröffentlichten Erklärung. Auch er forderte Thyssen-Krupp auf, »die Standorte in Deutschland zu erhalten und betriebsbedingte Kündigungen grundsätzlich auszuschließen«.

Christian Leye, Landessprecher der Linkspartei in NRW, erklärte gegenüber jW: »Kaum wird der Arbeitsplatzabbau öffentlich, steigt der Kurs der Thyssen-Krupp-Aktie an den Börsen rasant an. Wann, wenn nicht jetzt, ist also der richtige Zeitpunkt, endlich die Eigentumsfrage zu stellen?« fragte er und warb für die Gründung einer Industriestiftung, die mit Landes- und

Bundesmitteln ausgestattet werden solle. Damit könne »die Unternehmensentwicklung in die Hand der Belegschaft, der Gewerkschaft und der Öffentlichkeit gelegt werden«.

Auch Marion Köster, Vorsitzende der DKP Ruhr-Westfalen, sprach sich in einer Erklärung für die Anwendung des Artikels 27 (1) der Landesverfassung aus und forderte damit ebenfalls, die Stahlproduktion in Gemeineigentum zu überführen. »Die alte Forderung nach Vergesellschaftung der Stahlindustrie muss in den Gewerkschaften endlich wieder auf die Tagesordnung gesetzt werden«, betonte die Kommunistin.

## Russische Raketen auf Islamisten in Syrien

Moskau. Die russische Marine hat erneut Stellungen von Islamisten in Syrien mit Marschflugkörpern angegriffen. Die Lenkraketen vom Typ »Kalibr« seien von einem U-Boot im Mittelmeer aus abgefeuert worden, teilte am Freitag das Verteidigungsministerium in Moskau mit. Getroffen wurden den Angaben nach Kämpfer, Kommandostellen und gepanzerte Fahrzeuge in der von dem Dschihadistenbündnis Haiat Tahrir Al-Scham (darunter der Al-Qaida-Ableger Nusra-Front) kontrollierten nordsyrischen Provinz Idlib. Zugleich meldete die Nachrichtenagentur SANA am Freitag unter Berufung auf das Moskauer Ministerium, dass seit Beginn der russischen Unterstützung für die syrische Regierung im Kampf gegen den Terrorismus 87,4 Prozent des vom »Islamischen Staat« kontrollierten Gebietes befreit worden seien. (dpa/JW)

## Jobcenter geben Tips an Verfassungsschutz



Berlin. Jobcenter haben mehrfach den Verfassungsschutz informiert, wenn sie Erwerbslose des »Extremismus« verdächtigten. In den vergangenen zwei Jahren seien in elf Fällen solche Informationen an das zuständige Landesamt für Verfassungsschutz weitergegeben worden, geht aus einer Antwort des Bundessozialministeriums auf eine Anfrage der Linken-Abgeordneten Ulla Jelpke hervor, die am Freitag der Deutschen Presseagentur in Berlin vorlag. Dabei lagen Verdachtsmomente in den Bereichen Islamismus (vier Fälle), Terror (ein Fall), Gefährdung (ein Fall) und »Reichsbürgerbewegung« (drei Fälle) vor, heißt es in der Antwort. Zu zwei weiteren Fällen habe man keine Erkenntnisse. Ein Jobcenter im Saarland habe seine Mitarbeiter informiert, wie sie mögliche Hinweise weiterleiten könnten. Jelpke kritisierte: »Mitarbeiter von Jobcentern dürfen nicht als verlängerter Arm des Verfassungsschutzes missbraucht werden.« (dpa/JW)

# Pjōngjang weist Trumps Drohungen zurück

US-Präsident will Nordkorea »total zerstören«. Dieses kündigt möglichen Wasserstoffbombentest an

Nach der Kriegshetze des US-Präsidenten Donald Trump gegen die Demokratische Volksrepublik Korea (DVRK) hat Pjōngjang in Erwägung gezogen, eine Wasserstoffbombe über dem Pazifik zu testen. Der Außenminister der DVRK, Ri Yong Ho, sagte laut südkoreanischer Nachrichtenagentur Yonhap in New York, der nächste Atomtest Nordkoreas könne die bisher »stärkste Explosion einer Wasserstoffbombe« im Pazifischen Ozean sein. Er wisse aber nicht, wie der Befehl Pjōngjangs lauten wird, wurde

Ri zitiert. Im Pazifik unterhalten die USA Militärstützpunkte, unter anderem auf Guam.

Staatschef Kim Jong Un erklärte am Freitag bezogen auf Trump und dessen Drohungen in einer persönlichen Stellungnahme: »Ich werde den geisteskranken, dementen US-Greiß gewiss und auf jeden Fall mit Feuer bändigen.« Trump hatte am Dienstag in der UN-Vollversammlung gedroht, die DVRK bei einem Angriff »total zu zerstören«. Kim erklärte, der US-Präsident müsse seine Drohungen »teuer bezahlen«.

Russland rief die Beteiligten in dem Konflikt zur Zurückhaltung auf. »In Moskau herrscht große Sorge wegen der eskalierenden Spannungen auf der Koreanischen Halbinsel«, sagte Dmitri Peskow, Sprecher des Präsidialamts. Russland sei weiterhin überzeugt, dass es keine Alternative zu einer Verhandlungslösung gebe, sagte er der Nachrichtenagentur Interfax zufolge. Der Sprecher der deutschen Bundesregierung, Steffen Seibert, sprach in Berlin von einer »Eskalation der Rhetorik«. Er wies diese aber einseitig Pjōngjang zu. China rief die DVRK erneut dazu

auf, das Atomprogramm aufzugeben. Außenminister Wang Yi sagte in New York: »Wir rufen Nordkorea dazu auf, nicht weiter in die eingeschlagene gefährliche Richtung zu gehen.«

Nach den USA kündigte auch die Europäische Union am Donnerstagabend neue Sanktionen gegen Pjōngjang an. Dabei soll es um ein Verbot von Investitionen in der DVRK für sämtliche Wirtschaftszweige gehen, wie es aus EU-Diplomatenkreisen hieß. Die EU will die neuen Sanktionen im Oktober verabschieden. (dpa/JW)

jW wird herausgegeben von 2.071 Genossinnen und Genossen (Stand 15.8.2017)  
[www.jungewelt.de/lpg](http://www.jungewelt.de/lpg)

